



## N i e d e r s c h r i f t

### über die 7. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages

#### -öffentlicher Teil-

---

|                        |                                                                                    |
|------------------------|------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Sitzungstermin:</b> | Montag, 17.12.2007                                                                 |
| <b>Sitzungsbeginn:</b> | 18:08 Uhr                                                                          |
| <b>Sitzungsende:</b>   | 20:30 Uhr                                                                          |
| <b>Ort, Raum:</b>      | Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel,<br>großer Sitzungssaal |

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Vorsitz

Hasselmann, Rainer

##### CDU-Fraktion

Aust, Karl Otto

Bötel, Bernhard

Dinter, Ilona

Großer, Elke

Hopert, Horst

Jahn, Ernst-Henning

Koch, Manfred

Lagosky, Uwe

Löhr, Norbert

Lorenz, Dieter

Mühlenkamp, Ralf

Oesterhelweg, Frank

Vorsitzender der CDU  
Kreistagsfraktion

Rautmann, Dirk

Schäfer, Uwe

Seidenkranz, Gerhard

Siebert, Britta

Vogler, Birgit

von Veltheim, Alexander

Wolf, Hans-Heinrich

Wolff, Michael

stellv. Landrat

##### SPD-Fraktion

Bosse, Marcus

Vorsitzender der SPD

## Kreistagsfraktion

Brandes, Katrin  
Deitmar, Reinhard  
Ganzauer, Oliver  
Hantelmann, Peter  
Hausmann, Michael  
Heider, Ute  
Hensel, Falk  
Kaatze, Detlef  
Koch, Harald  
Küchler, Helga  
Mohr, Peter  
Oberländer, Peter  
Polzin, Bruno  
Reichenpfader, Bärbel  
Resch-Hoppstock, Sabine  
Rupp-Brunswig, Dr. Heike  
Sandte, Michael  
Vree, Friedhelm  
Wiegel, Heike

stellv. Landrätin

## **Bündnis 90 / Die Grünen- Fraktion**

Brücher, Bertold  
Fuder, Jochen  
Gerndt, Elisabeth  
Müller, Jan-Christian

## **FDP- Fraktion**

Fach, Thomas  
Försterling, Björn

## **NPD**

Kupferschmidt, Thomas  
Molau, Andreas

bis TOP 4  
ab TOP 4.1

## **LINKS**

Kretschmer, Roland

## **Von der Verwaltung**

Röhmnn, Jörg  
Klooth, Kathrin  
Schäffer, Heike  
Schillmann, Claus Jürgen  
Löb, Susanne  
Vogt, Kornelia  
Kelb, Marco

Landrat  
Kreisverwaltungsdirektorin  
Dezernentin I  
Leitender Baudirektor  
Gleichstellungsbeauftragte  
Pressesprecherin  
Protokollführer

## **Es fehlen:**

## **CDU-Fraktion**

Heinisch, Dirk

---

## **Tagesordnung:**

### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)
3. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages vom 8. Oktober 2007
4. Feststellung des Sitzverlustes des Kreistagsabgeordneten Thomas Kupferschmidt gem. § 32 Abs. 2 NLO  
Vorlage: XVI-254/2007
- 4.1. Verpflichtung des Nachrückers für Thomas Kupferschmidt und Belehrung über seine Pflichten gem. §§ 20 ff., 35 Abs. 3 und 39 NLO
5. Anfragen
- 5.1. Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)
- 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)
6. Haushaltssatzung 2008 für den Eigenbetrieb Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (BIZ)  
Vorlage: XVI-232/2007
7. Eröffnungsbilanz des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel (BIZ) zum 01.01.2006  
Vorlage: XVI-233/2007
8. Änderung des Gesellschaftsvertrages der ASS gGmbH  
Vorlage: XVI-236/2007
9. Förderung von betrieblichen Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen  
Vorlage: XVI-237/2007
10. Beauftragungsvertrag zur Durchführung des Rettungsdienstes im Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-239/2007
11. Straßenerhaltungs- und Sanierungsprogramm Landkreis Wolfenbüttel 2008 bis 2012  
Vorlage: XVI-244/2007
12. Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 21.08.2007 bis zum 26.10.2007  
hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO  
Vorlage: XVI-249/2007
13. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: XVI-219/2007
- 13.1. Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: XVI-246/2007
- 13.2. Erhalt bzw. Wiederherstellung der Liquidität der Kreisschulbaukasse  
Vorlage: XVI-255/2007
14. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

---

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Hasselmann eröffnet um 18.08 Uhr die 7. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages und heißt die Erschienenen herzlich willkommen.

Die Anwesenden erheben sich und gedenken dem am 14.11.2007 verstorbenen ehemaligen Kreistagsabgeordneten Ludolf von Veltheim.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung (§§ 38 und 42 NLO)**

Vorsitzender Hasselmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages vom 8. Oktober 2007**

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei 3 Stimmenthaltungen nachstehenden

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über 6. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages am 08.10.2007 wird genehmigt.

### **TOP 4 Feststellung des Sitzverlustes des Kreistagsabgeordneten Thomas Kupferschmidt gem. § 32 Abs. 2 NLO Vorlage: XVI-254/2007**

Vorsitzender Hasselmann erläutert die Vorlage Nr. XVI-254/2007.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Der Kreistag stellt gemäß § 32 Abs. 2 Niedersächsische Landkreisordnung (NLO) fest, dass die Voraussetzungen für die Beendigung der Mitgliedschaft des KAbg. Thomas Kupferschmidt im XVI. gewählten Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel nach § 32 Abs. 1 Ziffer 1 NLO vorliegen.

#### **TOP 4.1 Verpflichtung des Nachrückers für Thomas Kupferschmidt und Belehrung über seine Pflichten gem. §§ 20 ff., 35 Abs. 3 und 39 NLO**

Herr Kupferschmidt begibt sich in den Zuhörerbereich. KAbg. Molau nimmt den Platz von Herrn Kupferschmidt ein.

Landrat Röhmann nimmt die Pflichtenbelehrung des KAbg. Molau gem. §§ 20 ff., 35 Abs. 3 NLO vor und verpflichtet selbigen durch Handschlag gem. § 39 NLO.

Daraufhin erläutert Landrat Röhmann gegenüber KAbg. Molau, dass der Kreistag mit dem Landkreiswappen-Anstecker über ein gemeinsames Wiedererkennungszeichen für Demokratie und Parlamentarismus verfüge. Diesen könne er jedoch noch nicht an KAbg. Molau aushändigen.

KAbg. Molau äußert sein Befremden über die Verweigerung des Landrates Röhmann, ihm den Landkreiswappen-Anstecker auszuhändigen. Er erklärt, dass er sein Grundmandat gem. § 39 Abs. 3 Satz 3 NLO im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport wahrnehmen werde.

KAbg. Kretschmer teilt mit, dass er darauf verzichte, neben KAbg. Molau zu sitzen. Er danke der Verwaltung für die Bereitstellung eines anderen Sitzplatzes.

#### **TOP 5 Anfragen**

##### **TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§ 18 GO)**

Vorsitzender Hasselmann stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnern vorliegen.

##### **TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§ 15 Abs. 2 GO)**

Landrat Röhmann berichtet, dass die Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion Anfragen zum Thema Hochwasserschutz an ihn gerichtet habe. Die Antworten auf diese Anfragen werde er der Niederschrift zur 7. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages anfügen.

KAbg. Brücher erklärt sich mit dem Verfahren einverstanden.

*Die Anfrage sowie deren Beantwortung sind dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.*

KAbg. Molau fragt, ob es zutreffend sei, dass laut Geschäftsordnung des Kreistages die Ladungsfrist zu dessen Sitzungen 10 Tage betrage und bei einer fristverkürzten Ladung in Eilfällen auf selbige hinzuweisen sei. Er schließt die Frage an, warum die Ladung zur 7. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages erst am 14.12.2007 an ihn versandt worden sei, obwohl Herr Kupferschmidt seinen Mandatsverzicht bereits am 22.11.2007 erklärt habe und die Vorlage über den Sitzverlust von Herrn Kupferschmidt auf den 04.12.2007 datiere. Er fragt, welche Konsequenzen sich aus dem vorgenannten Sachverhalt ergeben könnten.

Landrat Röhmann versichert, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

KAbg. Försterling fragt auch im Namen von KAbg. Brücher an, wer für die Aufstellung eines Gerätes zur Geschwindigkeitsüberwachung an der Ortsdurchfahrt Neuerkerode zuständig sei. Soweit die

Zuständigkeit beim Landkreis Wolfenbüttel liege, solle dieser die Aufstellung eines solchen Gerätes an vorgenannter Stelle in Erwägung ziehen.

Hinweis der Verwaltung:

*Die Zuständigkeit für die Aufstellung eines Gerätes zur Geschwindigkeitsüberwachung an vorgenannter Stelle liegt beim Landkreis Wolfenbüttel (Abteilung Straßenverkehr).*

Landrat Röhmann antwortet, dass die Anfrage von KAbg. Försterling als Empfehlung zur Kenntnis genommen werde.

**TOP 6      Haushaltssatzung 2008 für den Eigenbetrieb Bildungszentrum  
Landkreis Wolfenbüttel (BIZ)  
Vorlage: XVI-232/2007**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-232/2007.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

Die der Vorlage Nr. XVI-232/2007 als Anlage beigefügte Haushaltssatzung des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (BIZ) für das Haushaltsjahr 2008 wird beschlossen.

**TOP 7      Eröffnungsbilanz des Bildungszentrums Landkreis Wolfenbüttel (BIZ)  
zum 01.01.2006  
Vorlage: XVI-233/2007**

KAbg. Aust erläutert die Vorlage Nr. XVI-233/2007.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Die der Vorlage Nr. XVI-233/2007 als Anlage beigefügte Eröffnungsbilanz des Eigenbetriebes Bildungszentrum Landkreis Wolfenbüttel (BIZ) zum 01.01.2006 wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 8      Änderung des Gesellschaftsvertrages der ASS gGmbH  
Vorlage: XVI-236/2007**

KAbg. Wolff begibt sich in den Zuhörerbereich.

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-236/2007.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

### **Beschluss:**

Die Änderungen im Gesellschaftsvertrag der ASS gGmbH werden wie aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-236/2007 ersichtlich genehmigt.

Der Landrat wird ermächtigt, den geänderten Gesellschaftsvertrag zu unterzeichnen.

### **TOP 9      Förderung von betrieblichen Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen Vorlage: XVI-237/2007**

KAbg. Wolff begibt sich wieder auf seinen Platz. KAbg. Wolf begibt sich in den Zuhörerbereich.

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-237/2007.

KAbg. Molau stellt den Antrag, aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit das „Scoring-System“ in „Bewertungssystem“ umzubenennen.

Landrat Röhmann entgegnet, dass er diesen Antrag als redaktionellen Hinweis begreife, den er einer rechtlichen und inhaltlichen Prüfung unterziehen werde. Über das Ergebnis der Prüfung werde er den Kreistag unterrichten.

Gegen das vorgenannte Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

KAbg. Wolff vergleicht das zur Beschlussfassung stehende Förderprogramm mit ähnlichen Maßnahmen in der Region. So habe der Landkreis Goslar in seiner Bewertungstabelle Vergaberhythmen vorgesehen. Es sei zu begrüßen, dass diese in dem vorliegenden Entwurf für den Landkreis Wolfenbüttel nicht enthalten seien. Dadurch könnten gute Förderbedingungen für die in Frage kommenden Betriebe gewährleistet werden. In den Programmen der umliegenden Landkreise und der Stadt Salzgitter seien höhere Mindestfinanzierungen vorgesehen. Das relativ niedrige Level, welches der Landkreis Wolfenbüttel hierbei ansetze, sei aus Sicht der kleinen und mittleren Betriebe als außerordentlich positiv zu erachten. Durch die Bindung der Förderung an Arbeits- und Ausbildungsplätze erhoffe sich KAbg. Wolff in vielen Fällen eine Anschubfinanzierung. Vorbildlich sei auch das Einräumen der Möglichkeit von Nachfinanzierungen. Der Verzicht auf eine Einbeziehung der kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden in die Komplementärfinanzierung erwirke eine Vermeidung zusätzlichen bürokratischen Aufwands. Er hoffe, dass das Förderprogramm positive Effekte hervorrufe und schon zum Ende des Jahres 2008 neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze entstünden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 48 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme nachstehenden

### **Beschluss:**

1. Die Richtlinie „Förderung von Investitionen in Unternehmen“ in der Fassung vom 03.12.2007 sowie das „Scoring –System zur Antragsbenotung“ wird mit der in der Begründung zur Vorlage Nr. XVI-237/2007 dargestellten Finanzierung beschlossen.

2. Zur Förderung des Technologietransfers werden von 2008 bis 2010 jährlich 15.000 Euro im Verwaltungshaushalt bereit gestellt. Die Mittel dürfen nur verwendet werden, wenn eine ausreichende Finanzierung durch die Bewilligung von Fördermitteln seitens der NBank und weiteren Dritten erfolgt.

**TOP 10    Beauftragungsvertrag zur Durchführung des Rettungsdienstes im  
Landkreis Wolfenbüttel  
Vorlage: XVI-239/2007**

KAbg. Wolf begibt sich wieder auf seinen Platz. KAbg. Försterling begibt sich in den Zuhörerbereich.

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI-239/2007.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Stimmenthaltung nachstehenden

**Beschluss:**

Dem Vertrag gemäß § 5 des Nds. Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) in der zzt. gültigen Fassung zur Beauftragung des Deutschen Roten Kreuzes - Kreisverband Wolfenbüttel - mit der Durchführung des Rettungsdienstes im Landkreis Wolfenbüttel, wie er sich aus der Anlage zur Vorlage Nr. XVI-239/2007 ergibt, wird zugestimmt.

**TOP 11    Straßenerhaltungs- und Sanierungsprogramm Landkreis  
Wolfenbüttel 2008 bis 2012  
Vorlage: XVI-244/2007**

KAbg. Försterling begibt sich wieder auf seinen Platz.

KAbg. Gerndt erläutert die Vorlage Nr. XVI-244/2007.

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

**Beschluss:**

1. Der Ausbau und die Sanierung der Kreisstrassen wird nach dem Straßenerhaltungs- und Sanierungsprogramm Landkreis Wolfenbüttel 2008 bis 2012 in der Fassung der Anlage 1 zur Vorlage Nr. XVI-244/2007 durchgeführt.
2. Der Ausbau und die Sanierung erfolgt in der Reihenfolge der Dringlichkeit, die sich aus der baulichen und verkehrlichen Bewertung der Teilstrecken ergibt. In begründeten Fällen, z. B. bei Durchführung von Maßnahmen mit anderen Baulastträgern, Durchführung von Maßnahmen, die durch Bund oder Land bezuschusst werden, kann mit Zustimmung des Kreisausschusses von der Reihenfolge abgewichen werden.
3. Das Straßenerhaltungs- und Sanierungsprogramm sowie einzelne kleine Verbesserungsmaßnahmen, die aufgrund zwingender technischer Notwendigkeiten durchzuführen sind, werden nach Maßgabe der im jeweiligen Wirtschaftsplan bereitgestellten Mittel abgewickelt.

**TOP 12    Über- und außerplanmäßige Ausgaben vom 21.08.2007 bis zum  
26.10.2007  
hier: Unterrichtung gemäß § 65 NLO i.V.m. § 89 Abs. 1 Satz 4 NGO  
Vorlage: XVI-249/2007**



KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-249/2007.

Ohne Aussprache erfolgt nachstehende

**Kenntnisnahme:**

Von den vom 21.08.2007 bis zum 26.10.2007 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird Kenntnis genommen.

**TOP 13    Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das  
Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: XVI-219/2007**

KAbg. Kaatz erläutert die Vorlage Nr. XVI-219/2007.

Landrat Röhmann dankt der Verwaltung für die gewissenhafte und zügige Budgetaufstellung. Er verweist auf die festgelegten strategischen Ziele für das Jahr 2008. Diese spiegelten sich in der zur Beratung stehenden Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wider. So sei die Stärkung der ASS gGmbH ein Beitrag zum Handlungsschwerpunkt „Zusammenarbeit von Schule und Berufswelt optimieren“. Die Bereitstellung von zusätzlich rund einer Million Euro im Budget Schule und Sport diene der Fortsetzung der bereits im Jahr 2007 angelaufenen Unterstützung schulischer Ganztagsangebote und stelle einen Beitrag zum Politikfeldziel „Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Eltern und Menschen mit Migrationshintergrund bedarfsgerecht vorhalten“ dar. Des Weiteren habe der Kreisausschuss empfohlen, die Kreisschulbaukasse um einen Betrag von einer Million Euro aufzustocken. Damit werde deren Liquidität wiederhergestellt und ferner den Schulträgern der Anreiz für die Durchführung von Investitionsmaßnahmen in deren Einrichtungen gegeben. Soweit der Kreistag die Empfehlung des Kreisausschusses mittrage, erhielten die Schulträger eine Sonderzuweisung in Höhe der ihrerseits zu leistenden Drittelbeteiligung am Aufstockungsbetrag. Ferner würden bis zum Jahre 2013 fünf Millionen Euro für ein Wirtschaftsförderungsprogramm bereitgestellt. Damit sollten Arbeitsplätze geschaffen, Generationswechsel vereinfacht sowie Rahmenbedingungen für die Wirtschaftlichkeit von Dorfläden und Arztpraxen im ländlichen Raum verbessert werden. So werde im Übrigen ein aktiver Beitrag zur Abmilderung der aus dem demographischen Wandel herrührenden Konsequenzen geleistet. Trotz der aus den vorgenannten Zukunftsinvestitionen resultierenden Mehrbelastungen habe die Dezernentenrunde festgelegt, das für das Haushaltsjahr 2008 prognostizierte strukturelle Defizit i.H.v. 415.700 Euro im Rahmen des Haushaltsvollzugs durch verwaltungsinterne Einsparmaßnahmen auf Null zu reduzieren. Die sich vermeintlich entspannende Finanzlage des Landkreises entstehe im Wesentlichen infolge einer verbesserten Einnahmesituation. Es müsse künftig verstärkt über die Senkung von Ausgaben diskutiert werden. Landrat Röhmann ruft dazu auf, den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung mit einer breiten Mehrheit zu beschließen.

KAbg. Oesterhelweg führt aus, dass er mit dem bisherigen Verlauf der Haushaltsberatungen zufrieden sei. Fraktionsübergreifend sei ein solider Planentwurf erarbeitet worden, dessen Schwerpunkte in den Bereichen Schule und Wirtschaftsförderung zu begrüßen seien. Trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten enthalte der Haushaltsentwurf mehr verbindende als trennende Elemente. Haushaltskonsolidierung sei wichtig, jedoch dürfe auf Investitionen, insbesondere im Bildungssektor, nicht verzichtet werden. Die CDU-Fraktion hätte eine Senkung der Kreisumlage um zwei Prozentpunkte begrüßt, um die Gemeinden und Samtgemeinden an der positiven Haushaltsentwicklung zu beteiligen. Leider sei dafür keine Mehrheit im Kreistag vorhanden. Jedoch sei der Vorschlag, die Kreisschulbaukasse aufzustocken und die Beitragsverpflichtungen der

Samtgemeinden, der Gemeinde Cremlingen und der Stadt Wolfenbüttel durch vom Landkreis gewährte Zuweisungen zu finanzieren, ein gangbarer Kompromiss sowie ein wichtiges Signal. Gerne hätte die CDU-Fraktion bereits im Rahmen der Haushaltssatzung 2008 Mittel zur Einrichtung eines Fonds gegen Kinderarmut bereitgestellt. Er verstehe jedoch, dass dieses Thema noch intensiv im zuständigen Fachausschuss vorbereitet werden solle. Es müsse darauf abgezielt werden, dass Schülerinnen und Schüler aus schwierigen finanziellen Verhältnissen bei der Beschaffung von Lehrmaterial, bei der Mittagsverpflegung, bei Beförderungskosten zum Besuch der Sekundarstufe II oder zur Teilnahme an Klassenfahrten materiell unterstützt würden. Die Entscheidungszuständigkeit über die finanzielle Unterstützung im Einzelfall solle im Rahmen eines einfachen und unbürokratischen Regelwerkes den Schulvorständen obliegen. Die CDU-Fraktion pflege einen engen Kontakt zu den Sozialverbänden im Landkreis Wolfenbüttel. Die meisten Sozialverbände seien mit der Höhe der Unterstützung durch den Landkreis Wolfenbüttel durchaus zufrieden. Um diesen eine Planungssicherheit insbesondere betreffs personeller Entscheidungen zu gewähren, sollten Vereinbarungen mit mittel- und langfristigen Laufzeiten getroffen werden. KABg. Oesterhelweg stellt den Antrag, den Zuschuss für das Frauenschutzhaus im Haushaltsjahr 2008 von 103.000 Euro auf 105.000 Euro anzuheben, da hierfür, so sei das Ergebnis eines kürzlich von KABg. Großer mit der Leiterin des Frauenschutzhauses geführten Gespräches, glaubhafter Bedarf bestehe. KABg. Oesterhelweg stellt zudem den Antrag, das AHA-Erlebnismuseum im Haushaltsjahr 2008 mit einem Zuschuss i.H.v. 2.000 Euro zu fördern, da selbiges sehr wertvolle Arbeit von kreisweiter Bedeutung leiste. Der Antrag, das Projekt Seniorenmobilität in der Samtgemeinde Schladen finanziell zu unterstützen, werde zunächst nicht aufrecht erhalten, da die Samtgemeinde Schladen aufgrund von Kommunikationsproblemen noch keinen detaillierten Antrag mit Kosten- und Finanzierungsplänen eingereicht habe. Soweit diese Unterlagen dem Landkreis vorlägen, werde die CDU-Fraktion auf die Bezuschussung des Projektes hinwirken, da das Projekt ein wichtiger Baustein sein könne, dem demographischen Wandel sachgerecht zu begegnen. Unterstützt werden sollten zudem die am Bahnhof Börßum geplanten wichtigen Maßnahmen. Alsdann dankt der Sprecher der Verwaltung für die erneute Erstellung des Kreisheimatbuches. Die CDU-Fraktion habe bereits mehrfach gemeinsam mit der FDP-Fraktion über eine Steigerung der Attraktivität des erhaltenen Kreisheimatbuches beraten. Es solle aktueller, frischer und umfassender ausgestaltet werden. Ferner sollten mehr Inserenten gefunden werden, um einen höheren Kostendeckungsgrad zu erreichen. Außerdem solle eine bessere Abstimmung mit den Samtgemeinden und Gemeinden erfolgen. KABg. Oesterhelweg überreicht hierzu einen Antrag mit der Bitte, selbigen im zuständigen Fachausschuss zu behandeln.

*Der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.*

KABg. Oesterhelweg betont, dass der weitere Ausbau des Radwegenetzes im Landkreis Wolfenbüttel anzustreben sei. Ein gutes Beispiel für das Vorantreiben entsprechender Maßnahmen sei der geplante Bau des Radweges von Heiningen nach Werlaburgdorf entlang der Landesstraße 512. Dort habe der Landkreis die Planung, die beteiligten Gemeinden den Landerwerb und die Landesstraßenbauverwaltung die Bauausführung getragen. Leider sei der Landkreis nicht in der Lage, den Ausbau des Radwegenetzes von Schladen in Richtung Süden zu planen. Auch an vielen anderen Stellen sei noch Bedarf erkennbar. Auch dort sei eine Lastenteilung erstrebenswert. Daher überreiche er einen Antrag auf Einstellung eines arbeitslosen Tiefbauingenieurs durch den Regiebetrieb Tiefbau des Landkreises Wolfenbüttel, der mit Planungsaufgaben im Radwegebau betraut werden solle. Der Antrag solle in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden.

*Der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.*

KABg. Oesterhelweg fährt fort und ruft dazu auf, dass Thema Gesamtschule im Interesse der Schüler, Eltern und Lehrer mit Ruhe und Bedacht unabhängig vom Landtagswahlkampf zu beraten. Die Kreistagsfraktionen sollten sich hierbei nicht gegenseitig Unwahrheiten unterstellen. Daher halte er es für wichtig, dass das Thema zur erneuten Beratung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zurückgestellt worden sei. Der Sprecher teilt außerdem mit, dass die zuständige Bundesministerin für Bildung und Forschung Schavan im Januar 2008 den Landkreis Wolfenbüttel besuchen und zum Thema Asse II Stellung beziehen werde.

KAbg. Brücher stellt dar, dass eine seriöse Haushaltssatzung darlege, zu welchem Zwecke Einnahmen eingesetzt würden und wie die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Landkreises sichergestellt werden könne. Diese Maßstäbe der Ausgewogenheit seien durch den vorliegenden Entwurf erfüllt. Daher werde die Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion selbigem zustimmen. Trotzdem seien einige Inhalte durchaus kritisch zu betrachten. Hierzu gehöre der Zuschuss an die Projekt Region Braunschweig GmbH. Dieser solle in der ersten Jahreshälfte 2008 thematisiert werden, da der bisherigen Bereitstellung von summierten Haushaltsmitteln des Landkreises i.H.v. 300.000 Euro keinerlei Leistungen, von denen der Landkreis profitiere, gegenüberstünden. Bezüglich der von KAbg. Oesterhelweg gestellten Anträge zum AHA-Erlebnismuseum und zum Frauenschutzhaus beantragt KAbg. Brücher seinerseits, selbige zur Beratung in den zuständigen Fachausschüssen zurückzustellen. Es gebe zahlreiche Einrichtungen im Landkreis Wolfenbüttel, die sich für soziale oder kulturelle Zwecke engagierten. Eine Anhebung von Zuschüssen dürfe nicht allein davon abhängen, ob einzelne Mitglieder des Kreistages eine gewisse Betroffenheit sähen. Die geübte Praxis, dass die Einrichtungen Anträge stellten, über die die zuständigen Fachausschüsse berieten und Empfehlungen aussprachen, solle weiterhin maßgebend sein. Hinsichtlich des AHA-Erlebnismuseums sei festzustellen, dass die Einrichtung keinen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses an den Landkreis Wolfenbüttel gestellt habe. Betreffs des Antrages auf Anhebung des Zuschusses an das Frauenschutzhaus sei zu bemerken, dass es in den letzten Jahren hinsichtlich der vom Landkreis an soziale Einrichtungen gewährten Zuschüsse eine Kontinuität gegeben habe. Daher müsse aus Gründen der Gleichbehandlung eine umfassende Fachausschussberatung erfolgen, soweit entsprechende Abweichungen angestrebt würden. Das Ziel, einen Fond gegen Kinderarmut einzurichten, halte er für sehr vernünftig. Auch hier solle eine geflissentliche Vorbereitung durch den Fachausschuss erfolgen. Dabei müssten die Fördergegenstände präzise beschrieben werden. So solle beispielsweise verhindert werden, dass die aus dem Fond eingesetzten Mittel im Einzelfall auf mit dem Arbeitslosengeld II verknüpfte Leistungen angerechnet werden könnten. Grundsätzlich müssten alle im Zusammenhang mit Bildungsangeboten stehende Kosten Angelegenheiten des Landes sein. Das gelte unter anderem auch für die Schülerbeförderung, für Lehrmittel und für eine etwaige Verpflegung. Aber unabhängig davon sehe er betreffs der Bildung eines Fonds gegen Kinderarmut einer fruchtbaren Beratung in den Fachausschüssen entgegen. KAbg. Brücher merkt an, dass es richtig sei, von einer Senkung der Kreisumlage abzusehen. Schließlich resultierten 36 Prozent der Einnahmen des Landkreises Wolfenbüttel aus der Kreisumlage. Mit der Kreisumlagensenkung im Haushaltsjahr 2007 habe man feststellen müsse, dass die Kommunen, die eine finanzielle Entlastung dringend benötigten, an ebendieser nicht oder nur kaum partizipiert hätten.

Vorsitzender Hasselmann weist darauf hin, dass die von KAbg. Oesterhelweg eingebrachten Anträge zum AHA-Erlebnismuseum und zum Frauenschutzhaus bereits im Kreisausschuss beraten und abgelehnt worden seien.

KAbg. Bosse dankt der Verwaltung für die Haushaltsaufstellung. Er weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag auf Einleitung der Bedarfsermittlung einer Gesamtschule entgegen der Presseberichterstattung zunächst zur Beratung im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport zurückgestellt habe. Der damalige Oberkreisdirektor Dr. Koneffke habe 1996 oder 1997 im Rahmen der Haushaltsberatungen auf ein Licht am Ende des Tunnels gewiesen. Er wünsche sich, dass die nunmehr verbesserte Einnahmesituation das ersehnte Licht darstelle. So sei ein struktureller Überschuss im Haushaltsjahr 2007 abzusehen und für das Haushaltsjahr 2008 der strukturelle Ausgleich realistisch. Es sei gut, dass sich die Dezernentenrunde letzteren zum Ziel gesetzt habe. Hierbei sei auch die Unterstützung durch den Kreistag notwendig. Daher sei die Forderung nach einer Senkung der Kreisumlage und der Gewährung weiterer Zuschüsse, wie sie die CDU-Fraktion aufgestellt habe, kontraproduktiv. Insbesondere im Bereich des Dezernates Soziales, Schule und Gesundheit bestünden immense Ausgabeposten. So habe auch die gute konjunkturelle Entwicklung nicht zu einer Entlastung des Landkreises von aus dem Sozialgesetzbuch II resultierenden Ausgaben geführt. Die veranschlagten Mehrausgaben im Budget Schule und Sport seien richtig angelegt, da sie dem gemeinsam verabschiedeten Konzept zur Förderung schulischer Ganztagsangebote dienten.

Der Verzicht auf die Beantragung einer Senkung der Kreisumlage zeige, dass bei der CDU-Fraktion in diesem Punkt die Vernunft obsiegt habe. Der in Rede stehende Vorschlag zur Aufstockung der Kreisschulbaukasse sei positiv und stelle sich aus Sicht der Samtgemeinden als entlastend dar. Hinsichtlich der zwei von KAbg. Oesterhelweg eingebrachten Zuschussanträge für das AHA-Erlebnismuseum und das Frauenschutzhaus sei festzustellen, dass damit zwei Einrichtungen herausgegriffen worden seien, was berechtigtes Unverständnis bei anderen Verbänden hervorrufe. Die Einstellung von Beträgen in der mittelfristigen Finanzplanung zur Bezuschussung von Maßnahmen am Börßumer Bahnhof sei richtig und werde fraktionsübergreifend begrüßt. Die Mittel für den Bau und die Planung von Radwegen seien im Wirtschaftsplan des Regiebetriebes Tiefbau deutlich erhöht worden. Daher sei er bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion zur Einstellung eines weiteren Tiefbauingenieurs leicht irritiert. Betreffs des Wirtschaftsförderungsprogramms schließe er sich den Worten des KAbg. Wolff an. Es handele sich um ein sehr gutes Konzept, mit dem erhebliche Mittel bereitgestellt würden. Damit könne die Einrichtung von Dorfläden wieder ermöglicht werden. Auch Klein- und Kleinstbetriebe könnten von dem Programm profitieren. An das Programm seien damit hohe Erwartungen in Bezug auf die Stabilisierung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Landkreis Wolfenbüttel geknüpft. In drei wesentlichen im Haushaltsentwurf verankerten Punkten sehe er eine interfraktionelle Einigkeit. Dies gelte für die Themen Bildung, Wirtschaftsförderung und Umwelt. Für letztgenannten Bereich sei das Projekt „Cle[WF]er modernisieren“ stellvertretend. Hier weise der Haushaltsplan einen Ausgabeansatz von 30.000 Euro aus. Für den Bereich Bildung seien Mehrausgaben von zwei Millionen Euro, davon eine Million Euro zur Aufstockung der Kreisschulbaukasse, veranschlagt. Bei der Wirtschaftsförderung werde bis zum Jahr 2012 ein Betrag i.H.v. 2,5 Millionen Euro aus Haushaltsmitteln des Landkreises Wolfenbüttel zur Verfügung gestellt. KAbg. Bosse ruft dazu auf, dem Antrag des KAbg. Brücher auf Vertagung der Anträge der CDU-Fraktion zuzustimmen und bittet die CDU-Fraktion darum, sich betreffs derer Anträge analog zur SPD-Fraktion, die ihren Antrag auf Bedarfsermittlung für eine Gesamtschule zurückgestellt habe, zu verhalten, um ein Signal der Gemeinsamkeit bei der Haushaltsberatung 2008 zu setzen.

KAbg. Försterling dankt der Verwaltung für die gelungene Aufstellung des Haushaltssatzungsentwurfes. Gleichwohl müsse festgestellt werden, dass der Landkreis Wolfenbüttel unter einer erdrückenden Schuldenlast leide. Für das Haushaltsjahr 2008 sei eine Zinslast von rund 2,6 Millionen Euro zu prognostizieren. Daher sei die Haushaltskonsolidierung zwingend erforderlich. Die Erklärung des Landrates, das geplante strukturelle Defizit i.H.v. 415.700 Euro im Rahmen des Haushaltsvollzuges auf Null zu reduzieren, begrüße er. Der Kreistag müsse seinerseits durch die kritische Überprüfung von Aufgaben Einsparpotentiale ausmachen und deren Nutzung für politisch gewollt erklären. Trotz der Konsolidierungserfordernisse müsse sich der Landkreis seiner Verantwortung gegenüber den ihn tragenden Bürgern stellen. Daher sei es richtig, um Ganztagsangebote sicherzustellen und die Kreisschulbaukasse zu unterstützen, mehr Mittel für Schulen zu veranschlagen. Dies habe jedoch nichts mit einer möglichen Senkung der Kreisumlage oder der möglichen Einrichtung eines Strukturfonds zu tun. Es gehe zunächst lediglich um die haushalterische Darstellung der Zuführung von einer Million Euro an die Kreisschulbaukasse. Auch die im Haushaltsplanentwurf abgebildeten Zuschüsse für die Fassadensanierung der Hauptkirche und die Sanierung des Jugendgästehauses sowie die Absichtserklärung, die geplanten Maßnahmen am Bahnhof in Börßum finanziell zu unterstützen, verdeutlichten, dass der Kreistag neben dem Konsolidierungswillen seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werde. Das ursprüngliche Vorhaben der CDU-Fraktion, eine Senkung der Kreisumlage zu beantragen, werde von der FDP-Fraktion nicht unterstützt. Hinsichtlich eines Fonds gegen Kinderarmut führt KAbg. Försterling an, dass insbesondere die Bundesregierung für die Kinder von Arbeitslosengeld II – Empfängern zuständigkeitshalber in die Verantwortung genommen werden müsse. Er rege gegenüber den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen von CDU und SPD an, das Thema mit deren örtlich zuständigen Bundestagsabgeordneten zu erörtern. Betreffs der Anträge zum AHA-Erlebnismuseum und zum Frauenschutzhaus sei das Abstimmungsverhalten innerhalb der FDP-Fraktion freigegeben. Über die weiteren in die Beratung eingebrachten Angelegenheiten solle in den Fachausschüssen detailliert diskutiert und nach der Landtagswahl 2008 sachlich entschieden werden.

KAbg. Oesterhelweg hebt hervor, dass die Verwaltung hinsichtlich der Budgetplanung hervorragend gearbeitet habe. Von der SPD-Fraktion sei indes nur wenig beigetragen worden. Er unterstütze die Aussagen des KAbg. Brücher, dass der Fond gegen Kinderarmut gut ausgearbeitet und unbürokratisch konstruiert werden müsse. Hinsichtlich der Ausführungen von KAbg. Brücher, dass das Land für die Aufgaben, die aus dem Fond geleistet werden sollten, verantwortlich sei, entgegnet KAbg. Oesterhelweg, dass sowohl Bund und Land aber auch der Landkreis gefragt seien, die Fürsorgepflichten nachzuarbeiten, die von Familien teilweise nicht erfüllt würden. Zwar müsse die Frage gestellt werden, ob die Gesellschaft alle Versäumnisse in Familien auffangen solle. Der CDU-Fraktion gehe es jedoch um das Wohl der Kinder und dahingehend müsse diese Frage bejaht werden. Betreffs der Anträge zum Frauenschutzhaus und zum AHA-Erlebnismuseum hätten einige seiner Vorredner den Eindruck erweckt, dass in der Vergangenheit Zuschüsse an soziale und kulturelle Einrichtungen nicht einzelfallbezogen sondern in ihrer Gesamtheit linear erhöht worden seien. Dies sei jedoch weder beabsichtigt noch richtig. Ferner sei der Vorhalt gemacht worden, dass nur für die Einrichtungen Zuschussanträge gestellt worden seien, denen die CDU-Fraktion Besuche abgestattet habe. Auch diese Angabe sei unzutreffend, schließlich habe die CDU-Fraktion mit weit mehr als nur den in Rede stehenden Einrichtungen Gespräche geführt. Jedoch sei beim Frauenschutzhaus und beim AHA-Erlebnismuseum ein konkreter Bedarf festgestellt worden, dem man nunmehr gerecht werden wolle. Er habe vielmehr den Eindruck, das tendenziell ablehnende Verhalten der anderen Fraktionen erfolge alleinig aus der Tatsache, dass die CDU-Fraktion diese Anträge gestellt habe. Jedoch habe keine Kreistagsfraktion das soziale Feld für sich allein gepachtet. Es sei ferner kein Novum, dass während der Kreistagsdebatte zur Haushaltssatzung auch Anträge gestellt würden. Die Anträge der CDU-Fraktion seien frühzeitig zur Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten vorgelegt worden. Die während der laufenden Kreistagssitzung eingebrachten Anträge der CDU-Fraktion zu den Themen Kreisheimatbuch und Radwegeplanung sollten im Übrigen erst in den Fachausschüssen beraten werden und stellten keine Anträge zur Haushaltsberatung dar. Abgrenzend hierzu sei festzustellen, dass die SPD-Landtagsfraktion erst in der letzten Lesung ihre Anträge zum Landeshaushalt 2008 eingebracht habe.

KAbg. Hensel merkt an, dass die Maßgabe der CDU auf Bundesebene, die Partei der Mitte zu sein, nunmehr auch in Form eines Linksruckes in der Wolfenbütteler CDU-Kreistagsfraktion bemerkbar werde. Dies sei zumindest an den Anträgen zur Haushaltsberatung abzulesen. Der Fond gegen Kinderarmut sei eine gute Idee. Es müsse dabei durchdacht werden, welche Mittel für welche Maßnahmen freigegeben werden sollten. Hinsichtlich des ursprünglichen Vorhabens der CDU-Fraktion, eine zweiprozentige Kreisumlagensenkung zu beantragen, führt KAbg. Hensel an, dass dies für den Landkreis zu Einnahmeverlusten i.H.v. 1,7 Millionen Euro geführt hätte. Mit den im Haushaltsentwurf dargestellten Maßnahmen Wirtschaftsförderungsprojekt, Cle[WF]er und Aufstockung der Kreisschulbaukasse gebe man den Samtgemeinden weit mehr Mittel zurück als durch eine Senkung der Kreisumlage erreicht worden wäre. Soweit Überschüsse erwirtschaftet würden, könne darüber beraten werden, eine Hälfte zur Schuldentilgung und die andere Hälfte zur Stärkung der Gemeinden und Samtgemeinden sowie anderen Einrichtungen aufzuwenden. Jedoch sei diese Lage noch nicht eingetreten. Über die Antragstellung der CDU-Fraktion zum Frauenschutzhaus habe er sich gewundert. So habe sich selbige doch als das Frauenschutzhaus im Jahre 2002 vor wirtschaftlichen Problemen gestanden habe weitaus zurückhaltender gezeigt. Der eingetretene Sinneswandel sei zu begrüßen, da diese wichtige Einrichtung unterstützenswert sei. Daher sei eine wiederholte Beratung im Fachausschuss durchaus sachdienlich. Betreffs des AHA-Erlebnismuseums sei festzustellen, dass es sich bei der Institution um kein Museum handle. Daher könne auch keine Gleichstellung mit tatsächlichen Museen stattfinden. Vielmehr könne man das AHA-Erlebnismuseum als Mitmachausstellung bezeichnen. Vor wenigen Jahren habe die CDU-Fraktion noch darauf hingewiesen, dass das in Rede stehende Objekt in den Aufgabenbereich der Stadt Wolfenbüttel falle. Um diese Fragen zu klären, sei auch an diesem Punkt eine Beratung im Fachausschuss angezeigt. Dies gelte umso mehr, da das AHA-Erlebnismuseum selbst gegenüber dem Landkreis keinen Zuschussantrag gestellt habe. Im Übrigen sei der bei der Stadt Wolfenbüttel gestellte Antrag aufgrund unvollständig eingereichter Unterlagen zurückgestellt worden. Ferner hätten auch andere Einrichtungen, wie z.B. der Jugendhilfeverein, das Lukas-Werk oder die Freiwilligenagentur, ein berechtigtes Interesse an der Gewährung von weiteren Zuschüssen. Dass die

CDU-Fraktion ihren Antrag auf Förderung des Projektes Seniorenmobilität in der Samtgemeinde Schladen nicht aufrechterhalte, sei positiv, da keine Darstellung über die konkrete Ausgestaltung des Projektes vorliege. Soweit das Thema Beratungsreife erreicht habe, solle auch hierzu eine Thematisierung im Fachausschuss stattfinden. Die Berücksichtigung der Planungen betreffs des Bahnhofes in Börßum im Finanzplan sei zu befürworten, da es sich um ein für den Landkreis Wolfenbüttel wichtiges Vorzeigeeobjekt handele.

KAbg. Kretschmer führt aus, dass er erwartet habe, dass in der Beratung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 nicht sehr intensiv über das Lessingtheater diskutiert werde. Er gebe jedoch zu bedenken, dass der erwartete strukturelle Überschuss für das Haushaltsjahr 2007 auch der Tatsache geschuldet sei, dass der Beschluss zur Bezuschussung der Sanierung des Lessingtheaters noch nicht umgesetzt worden sei. Statt dieses Zuschussbetrages von zwei Millionen Euro werde nunmehr über eine Erhöhung des Zuschusses an das Frauenschutzhaus um 2.000 Euro beraten. Er habe bereits in der Beratung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit darum gebeten, dass dem Antrag zugestimmt und dem Frauenschutzhaus mitgeteilt werde, dass es sich um eine einmalige Abweichung vom bisherigen Zuschussbetrag handele, da der Anlass das Erfordernis der Beschaffung eines Fahrzeuges sei. Die Tatsache, dass das AHA-Erlebnismuseum keinen Zuschussantrag gegenüber dem Landkreis gestellt habe, lasse darauf schließen, dass ein solcher vermutlich auch nicht bewilligungsfähig sei. KAbg. Kretschmer stellt dar, dass er erfreut gewesen sei, dass die SPD-Fraktion einen sehr deutlichen Antrag zur Bedarfsermittlung für eine integrierte Gesamtschule gestellt habe, der dem Parteiprogramm der Linken sehr ähnlich gewesen sei. Er hätte den Antrag gern unterstützt. Auch habe er Verständnis für das Bedürfnis der Bündnis 90 / Die Grünen – Fraktion, eine Bedarfsermittlung hinsichtlich des Schulangebotes im Allgemeinen anzustellen. Die Fachausschussberatung dieser Anträge dürfe nicht zu einer Verwässerung des eigentlichen Anliegens, eine Bedarfsermittlung für eine integrierte Gesamtschule anzustrengen, führen. Auch den Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines Fonds gegen Kinderarmut hätte er gern unterstützt. Die angeführten juristischen Bedenken hätten hierbei auch nachträglich ausgeräumt werden können. Er wünsche, dass die Klarheit des Antrages beibehalten werde. Er bedauere, dass sinnvolle Anträge den Abstimmungsbedürfnissen innerhalb der Fraktionen zum Opfer fielen. KAbg. Kretschmer berichtet, dass zu Beginn der Wahlperiode in Aussicht gestellt worden sei, die monatliche Aufwandsentschädigung der Kreistagsabgeordneten abhängig von deren Bereitschaft auf die Übersendung aller Unterlagen in Papierform zu verzichten zu staffeln. Er bitte darum, dass bei allen Kreistagsabgeordneten abgefragt werde, ob die Bereitstellung der Unterlagen im Kreistagsinformationssystem als ausreichend erachtet werde. Dies könne zu Einsparungen von Versand- und Druckkosten führen.

KAbg. Mohr führt mit Blick auf die Anträge der CDU-Fraktion an, dass er den Eindruck gehabt habe, dass KAbg. Oesterhelweg das soziale Herz übergehe und dieser daher Forderungen stelle, die, ohne dass Vorschläge zur Gegenfinanzierung gemacht würden, zu erheblichen Haushaltsbelastungen führten. Jedoch sei es auch vorstellbar, dass die CDU-Fraktion den Haushalt derart belasten wolle, um zu erreichen, dass das strategische Ziel des strukturellen Haushaltsausgleiches verhindert werde, da man somit ein wichtiges Vorhaben des Landrates Röhmann untergraben könne. KAbg. Mohr weist darauf hin, dass der Antrag betreffs des AHA-Erlebnismuseums nicht im zuständigen Ausschuss für Schule, Kultur und Sport beraten worden sei. Der Antrag der SPD-Fraktion zur Bedarfsermittlung für eine Gesamtschule werde nicht verwässert werden. Er solle im Fachausschuss beraten und mit breitem Konsens außerhalb des Wahlkampfes beschlossen werden. Er sei jedoch erstaunt gewesen, dass in der 6. Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport die Vertreter der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich des frühzeitig bereitgestellten SPD-Gesamtschulantrages Beratungsbedarf geltend gemacht hätten. Am Tage nach jener Sitzung seien in der Presse die Anträge der CDU-Fraktion zur Haushaltsberatung veröffentlicht worden. Erst einen Tag danach sei über den SPD-Gesamtschulantrag berichtet worden. Die Tatsache, dass der Beratungsbedarf der CDU-Fraktion trotz eines frühzeitig eingereichten Antrages anerkannt worden sei, aber die Kreistagsabgeordneten zunächst über die Presse von haushaltsrelevanten Anträgen der CDU-Fraktion erfahren hätten, sei als Akt der Arroganz zu bezeichnen. Schließlich sei in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport auch das Budget Schule und Sport, auf welches der Antrag

auf Einrichtung eines Fonds gegen Kinderarmut einwirke, beraten worden, ohne dass die Vertreter der CDU-Fraktion aus Unwissenheit oder Verschwiegenheit die relevanten Anträge eingebracht hätten. Anlässlich der Beratungen über ein Konzept zur Förderung schulischer Ganztagsangebote im Landkreis Wolfenbüttel hätten Teile der CDU-Fraktion hinsichtlich der Übernahme von Personalausgaben behauptet, dass es dem Landkreis nicht obliege, Landesaufgaben zu übernehmen. Die aus dem Fond gegen Kinderarmut beabsichtigt zu finanzierenden Leistungen wie Schulspeisungen, Schülerbeförderung und Lehrmittelbeschaffung seien indes gleichsam Aufgaben des Landes. Das Land Niedersachsen habe mitgeteilt, dass es eine Mittagsverpflegung an Schulen finanzieren wolle. Damit würde das Land seiner Aufgabe gerecht. Jedoch wolle das Land nur die Mittagsverpflegung an vom Kultusminister anerkannte und geförderte Ganztagschulen finanzieren. Das führe im Landkreis Wolfenbüttel zu einem Zwei-Klassen-System, da nur wenige Ganztagschulen vom Land anerkannt seien. KAbg. Oesterhelweg habe es in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter versäumt, entsprechend gegenzusteuern. Daher solle er den Landtag verlassen, damit künftig eine bessere Politik im Interesse des Landkreises Wolfenbüttel betrieben werde.

Vorsitzender Hasselmann ruft dazu auf, die Sitzung des Kreistages nicht für den Landtagswahlkampf zu nutzen.

KAbg. Oesterhelweg merkt an, dass die CDU-Fraktion ihren Antrag zur Einrichtung eines Fonds gegen Kinderarmut aufrecht erhalten hätte, soweit sie die Mehrheit im Kreistag stellen würde. Der Antrag solle jedoch nicht dazu dienen, eine Abstimmungsniederlage zu provozieren, um der SPD-Fraktion Vorwürfe machen zu können. Es gehe vielmehr darum, eine Mehrheit von einer vernünftigen Lösung überzeugen zu können. Zu den Ausführungen von KAbg. Mohr bemerke er, dass nicht ernsthaft angestrebt werden dürfe, nur Aufgaben erledigen zu wollen, für die der Landkreis auch zuständig sei. Dort, wo Maßnahmen von Bund und Land nicht ausreichend wirkten, sei es richtig, wenn der Landkreis selbige ergänze. Es sei abwegig zu behaupten, die CDU-Fraktion wolle die Haushaltskonsolidierung untergraben. Beispielsweise hätten auch im Kreistag vertretene Mitglieder der SPD-Fraktion im Samtgemeinderat Schladen eine deutliche Kreisumlagensenkung gefordert. Daher solle die SPD-Fraktion im Kreistag sich nicht in herablassender Form über ein derartiges Vorhaben äußern. Die Finanzlage der Samtgemeinden Asse und Schöppenstedt zeige zudem, wie ernsthaft die SPD in der Lage sei, Haushaltskonsolidierung zu betreiben.

KAbg. Resch-Hoppstock gratuliert der CDU-Fraktion, dass sie es im Jahr 2007 geschafft habe, die sozialen Einrichtungen im Landkreis Wolfenbüttel zu besuchen und daraus auch Erkenntnisse gewonnen zu haben, die von den Äußerungen der CDU-Fraktion der letzten Jahre stark abwichen. Im Jahre 2003 habe sich der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Stadt Wolfenbüttel für eine Streichung des Zuschusses an das AHA-Erlebnismuseum ausgesprochen. KAbg. Resch-Hoppstock zitiert hierzu aus einer Niederschrift. Scheinbar habe die CDU-Fraktion diesbezüglich neue Erkenntnisse erlangt. Ähnlich verhalte es sich betreffs des Frauenschutzhauses. Sie zitiert abermals aus einer Niederschrift, dass die CDU-Fraktion 2001 geäußert habe, dass es ehrlicher sei, wenn das Frauenschutzhause Konkurs anmelde, die Mitarbeiter Konkursausfallgeld erhielten und ein Neubeginn probiert werde. Hinsichtlich eines generellen Bedarfes der Zuschussanhebung bestehe fraktionsübergreifend Einigkeit. Das gelte jedoch für nahezu alle sozialen Einrichtungen. Jedoch sei bisher bei kurzfristigem und fremdverschuldetem Bedarf höherer Zuschüsse für Wohlfahrtsverbände oder soziale Einrichtungen in gemeinschaftlichem Vorgehen für den Fortbestand der Institutionen im Landkreis Wolfenbüttel gesorgt worden. Beispielhaft hierfür seien ProFamilia oder die Migrationsberatung zu nennen. Dieses Verfahren solle auch im vorliegenden Fall praktiziert werden. Daher müsse das Thema gemeinschaftlich und ausführlich im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beraten werden. Ferner müsse dies auch für andere Einrichtungen, bei denen ebenfalls Bedarf bestehe, gelten. Es dürften nicht nur das AHA-Erlebnismuseum und das Frauenschutzhause herausgegriffen werden. Insbesondere deshalb, da das Erstgenannte keinerlei Bedarf artikuliert habe. Daher solle dem Verweisungsantrag von KAbg. Brücher gefolgt werden.

Landrat Röhmann stellt dankend fest, dass alle Fraktionen erklärt hätten, dem zur Beratung stehenden Haushaltssatzungsentwurf grundsätzlich zuzustimmen. Es seien nur kleine Unterschiede in dem jeweiligen Bestreben der Fraktionen erkennbar. Vielleicht könne die Diskussion daher leicht abgekürzt werden.

KAbg. Großer weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion sich schon seit langer Zeit um soziale Einrichtungen kümmere. Sie verweise dabei auf die ehemalige Kreistagsabgeordnete Monika Pape, die einst den Grundstein für die Sozialpolitik in der CDU-Kreistagsfraktion gelegt habe. Der Antrag auf Anhebung des Zuschusses für das Frauenschutzhhaus sei bereits im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit behandelt und an den Kreisausschuss empfohlen worden. Es gehe nicht um eine willkürliche Mittelverteilung, sondern um einen gezielten begründeten Mitteleinsatz. Um sich von den jeweiligen Bedingungen ein Bild zu machen, habe die CDU-Fraktion verschiedenste soziale Institutionen besucht und werde diese Besuche auch weiter fortsetzen. Der erhöhte Zuschuss für das Frauenschutzhhaus solle zum Ersatz eines abgängigen Fahrzeuges eingesetzt werden. Es dürfe nicht passieren, dass Frauen Gewalt erlitten, nur weil eine Beförderung aufgrund des kurzfristigen Ausfalls des alten Fahrzeuges nicht möglich sei.

KAbg. Lorenz teilt mit, dass er bereits seit langer Zeit Mitglied des Frauenschutzhhauses sei. Als Kompromissvorschlag stelle er den Antrag, einen Gesamtzuschussbetrag i.H.v. 105.000 Euro in den Haushaltsplan einzustellen und den umstrittenen Betrag von 2.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen.

KAbg. Wolf verlässt den Sitzungssaal.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag nachstehende

#### 1. Beschluss

Der Antrag von KAbg. Lorenz, einen Zuschuss für das Frauenschutzhhaus i.H.v. 105.000 Euro mit einem Sperrvermerk über 2.000 Euro zu veranschlagen, wird mit einer Ja-Stimme bei 48 Neinstimmen abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 25 Ja- bei 24-Neinstimmen nachstehenden

#### 2. Beschluss

Die Anträge der CDU-Fraktion auf Gewährung eines Zuschusses an das AHA-Erlebnismuseum und auf Anhebung des Zuschusses an das Frauenschutzhhaus werden in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

KAbg. Wolf betritt den Sitzungssaal.

Ohne weitere Aussprache fasst der Kreistag mit 48 Ja- bei einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung nachstehenden

#### 3. Beschluss:

1. Der Budgetplan sowie die Wirtschaftspläne für die optimierten Regiebetriebe Gebäudewirtschaft und Tiefbau für das Haushaltsjahr 2008 sowie die Investitionsprogramme für den Planungszeitraum 2007 bis 2011 werden auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe mit den in der Kreistagssitzung angenommenen Änderungsempfehlungen beschlossen.



2. Das Haushaltssicherungskonzept wird auf Basis des für das Haushaltsjahr 2007 gebilligten Konzeptes mit den mit Schreiben vom 22.11.2007 vorgelegten Ergänzungen unter Berücksichtigung der unter Ziffer 4 dargelegten Veränderungen für das Haushaltsjahr 2008 fortgeschrieben.
3. Die Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2008 wird unter Berücksichtigung der in dem der Niederschrift zur 7. Sitzung des XVI. gewählten Kreistages als Anlage 4 beigefügten Vermerk dargelegten Änderungen auf der Grundlage des mit der Vorlage Nr. XVI-219/2007 vorgelegten Entwurfs beschlossen.
4. Die Beiträge des Budgets 0001 – Verwaltungsleitung - zum Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2008 werden vollständig gestrichen.

### **TOP 13.1 Stellenplan des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2008** **Vorlage: XVI-246/2007**

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig nachstehenden

#### **Beschluss:**

Der als Anlage zur Vorlage XVI-246/2007 beigefügte Stellenplan wird in der durch Vermerk vom 20.11.2007 geänderten Fassung als Bestandteil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2008 beschlossen.

### **TOP 13.2 Erhalt bzw. Wiederherstellung der Liquidität der Kreisschulbaukasse** **Vorlage: XVI-255/2007**

Ohne Aussprache fasst der Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung nachstehenden

#### **Beschluss**

1. Bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle „20710.98200 Beitrag zur Kreisschulbaukasse“ im Budget „9010 Allgemeine Deckungsmittel“ wird ein Ansatz in Höhe von 666.700 € gebildet. Es wird folgender Sperrvermerk eingerichtet: „Mittel in Höhe von 666.700 € bleiben bis zur Freigabe des nach Kreisrecht zuständigen Gremiums gesperrt.“
2. Den Gemeinden und Samtgemeinden im Landkreis Wolfenbüttel wird eine Zuweisung in Höhe von insgesamt 333.300 € gewährt. Hierzu wird bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle „20700.98210 Sonderzuwendungen an Gemeinden“ im Budget „9010 Allgemeine Deckungsmittel“ ein Ansatz von 333.300 € gebildet. Es wird folgender Sperrvermerk eingerichtet: „Mittel in Höhe von 333.300 € bleiben bis zur Freigabe des nach Kreisrecht zuständigen Gremiums gesperrt.“ Zur Finanzierung der Sonderzuwendungen der Gemeinden, Samtgemeinden und des Landkreises werden insgesamt 1.000.000,00 € aus der Allgemeinen Rücklage entnommen und bei der Haushaltsstelle „91000.31000 Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage“ im Budget „9010 Allgemeine Deckungsmittel“ vereinnahmt. Damit erhöht sich der Ansatz auf nunmehr 2.215.700 €.
3. Im Budget „4000 Schule und Sport“ werden folgende Ansätze verändert:

a) Die neu einzurichtende Haushaltsstelle „20700.36210 Beiträge Kreisschulbaukasse“ wird mit einem Ansatz von 1.000.000 € versehen.

b) Die Haushaltsstelle „20700.92200 Darlehen an Gemeinden (Landkreis)“ mit ihrem bisherigen Ansatz von 495.700 € wird um 600.000 € auf 1.095.700 € erhöht.

c) Die Haushaltsstelle „20700.98200 Zuweisungen an Gemeinden (Landkreis)“ mit ihrem bisherigen Ansatz von 345.400 € wird um 400.000 € auf 745.400 € erhöht.

#### **TOP 14    Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)**

Landrat Röhmann weist auf den als Tischvorlage bereitgestellten Sitzungsplan 2008 hin. Ferner berichtet er von einer am 14.12.2007 stattgefundenen Sitzung des Zweckverbandes für das kommunale Kreditwesen. Zum 01.01.2008 werde die Errichtung der Braunschweigischen Landessparkasse wirksam werden. Viele hätten daran mitgewirkt. Insbesondere sei hierbei der Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig Dr. Hoffmann hervorzuheben. Mit den Auswirkungen und Mitwirkungsmöglichkeiten infolge der Gründung der Braunschweigischen Landessparkasse werde sich der Kreistag in nächster Zeit befassen müssen. Die kommunalen Träger hätten in der Sitzung des o.g. Zweckverbandes ein weiteres Mitglied für den Vorstand der Braunschweigischen Landessparkasse benannt. Über weitere Details werde er in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personalangelegenheiten berichten.

Vorsitzender Hasselmann schließt den öffentlichen Teil um 20.26 Uhr.

Vorsitzender

Protokollführer/in